

Die Funktion der Landwirtschaft für die Umwelt

von Dr. Gerhard Poschacher



Die europäischen Bergregionen besitzen eine große Bedeutung für die Gesamtgesellschaft

Dr. Gerhard Poschacher hielt bei der Südtiroler Bergbauerntagung in Brixen im November letzten Jahres ein Referat mit dem Thema „Die Funktion der Landwirtschaft für die Umwelt“. Lesen Sie dazu im zweiten und letzten Teil - der erste Teil erschien im März-Heft 2001 - seine Ausführungen, wobei er sich mit vielfältigen agrarpolitischen Bereichen auseinandersetzt.

Die europäischen Bergregionen besitzen auf Grund ihrer vielfältigen Ressourcen (Bodenschätze, Wasser, Artenvielfalt) sowie als Kulturlandschaft und natürliche Ausgleichsräume eine große Bedeutung für die Gesamtgesellschaft und haben auch in Zukunft mehrfache Aufgaben zu erfüllen.

▀ Funktionen der Berglandwirtschaft

Wirtschaftliche Funktion

Die Berggebiete müssen den dort lebenden Menschen eine nachhaltige Existenzgrundlage ermöglichen. Die

Sicherung dieser Funktionen verlangt bei Berücksichtigung der regionalen Ressourcen eine strukturelle Vielfalt der ökonomischen Aktivitäten.

Ökologische Funktion

Die Berggebiete sind ökologische Systeme, die einer standortgerechten und nachhaltigen Nutzung bedürfen.

Soziale Funktion

Die Berggebiete als Teil des gesamten ländlichen Raumes sind in erster Linie Heimat für die dort lebende Bevölkerung. Die sozialen Strukturen sollen deshalb der Entfaltung der Beziehungen innerhalb der Bergbevölkerung dienen.

Die internationalen Rahmenbedingungen

In den letzten dreißig Jahren ist in allen EG- bzw. EU-Ländern nach ihrem Beitritt die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe zurückgegangen, während die durchschnittliche landwirtschaftliche Fläche je Betrieb zugenommen hat. Dadurch kam es zu einer wirtschaftlichen Konzentration. 1997 erwirtschafteten 10% der landwirtschaftlichen Betriebe zwei Drittel des Standarddeckungsbeitrags in der EU 15.

In allen Mitgliedstaaten hat sich nach ihrem Beitritt die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe verringert. In Dänemark führte vor allem die Umstrukturierung der Landwirtschaft im Zuge der Durchführung der Gemeinsamen Agrarpolitik zwischen 1975 und 1997 zur Verringerung der Zahl der Betriebe um 52 %, während davon im gleichen Zeitraum in der EU9 nur 29 % betroffen waren. In Spanien und Portugal gaben in der Zeit von 1987 bis 1997 33 % bzw. 34 % der Betriebe auf, verglichen mit 24 % in der EU12. In Österreich gingen die Betriebe in den letzten 30 Jahren von 340.000 auf 250.000 zurück.

Der Rückgang der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in der EU betrifft vor allem solche mit weniger als 20 ha Fläche und hier wiederum in erster Linie diejenigen mit weniger als 5 ha Fläche. Von 1967 bis 1997 verschwanden in Belgien mehr als 80 % dieser Betriebe, in Deutschland, Frank-

reich, Luxemburg und den Niederlanden mehr als 60 %. In Irland gaben zwischen 1975 und 1997 fast 70 % auf, in Dänemark fast 90 %. In Spanien und Portugal waren es zwischen 1987 und 1997 40 %, die ihre Tätigkeit einstellten. In Finnland schließlich war ein Rückgang der Zahl dieser Betriebe zwischen 1995 und 1997 um 25 % festzustellen, in Österreich um 4,3 %.

Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe mit mindestens 50 ha Fläche hat in der EU in den letzten dreißig Jahren stetig zugenommen. In Deutschland ist sie in diesem Zeitraum um das 4,4-fache gestiegen, in den Niederlanden um das 3,5-fache und in Belgien um das 3-fache.

Durch das Verschwinden der kleinen Betriebe hat die durchschnittliche LFje Betrieb von 1967 bis 1997 in der EU6 um mehr als 70 % und von 1987 bis 1997 in der EU12 um mehr als ein Drittel zugenommen. Parallel dazu hat die wirtschaftliche Betriebsgröße der Unternehmen gemessen in Standarddeckungsbeiträgen (SDB) stark zugenommen. 1997 erzielten 10 % der landwirtschaftlichen Betriebe bereits zwei Drittel des gesamten SDB, während 50 % der Betriebe 95 % des SDB erwirtschafteten.

Während in Frankreich der Anteil der Betriebe über 100 Hektar an der Gesamtzahl 11,2 % und in Großbritannien 16,5 % ausmacht, liegt dieser in Österreich nur bei 1,3 %.

Der Anteil der Betriebe unter 5 Hektar beträgt in Österreich fast 38 %, in Frankreich 27 % und in Dänemark 3,5 %.

Der durchschnittliche Bestand an Milchkühen beträgt z.B. in Belgien 32, in Dänemark 50, in Deutschland 28 und in Österreich nur etwas mehr als 8, bei den Schweinen werden die Unterschiede noch deutlicher: Belgien 629 Stück, Holland 723 Stück, Österreich 38 Stück.

Hinsichtlich des Anteiles der österreichischen Agrarerzeugung an der mengenmäßigen Produktion der europäischen Gemeinschaft wird dokumentiert, dass die Alpenrepublik ein „Agrarzwerg“ ist. Bei Getreide beträgt der Anteil Österreichs an der Gesamtproduktion der EU 2,3 % (Frankreich 31,2%), bei Milch 2,6 % (Deutschland 23,7 %) und bei Rind- und Kalbfleisch macht

der österreichische Anteil 2,8 % aus (Frankreich 24 %).

Agrarpolitik und nachhaltige Entwicklung

Nachhaltigkeit wird im weitesten Sinne als Überlebensfähigkeit des Systems „Mensch in seiner Umwelt“ begriffen. Entsprechend dieser Interpretation wird Nachhaltigkeit in ihrem sozialen, ökonomischen, technischen und ökologischen Zusammenhang verstanden.

Für die nachhaltige Nutzung erneuerbarer Naturgüter gilt der Grundsatz, dass nur der laufende Zuwachs entnommen werden darf. Nachhaltige Entwicklung liegt nach dem Brundtland-Bericht (1987) und

Bei der nachhaltigen Nutzung erneuerbarer Naturgüter darf nur der laufende Zuwachs entnommen werden



BIO-LIT mit wirksamen Mikroorganismen

- ➔ unterstützt die Hygienisierung des Hofdüngers
- ➔ vermindert üblen Düngergestank
- ➔ bewirkt, mit dem Hofdünger in richtiger Dosierung ausgebracht, dichte Grasnarbe mit flächendeckendem Kleewuchs

Hartsteinwerk Kitzbühel Ges.m.b.H.

Dipl.-Ing. Georg Abermann

A-6372 Oberndorf

Tel. 05356/64 333-0

MEHR FREUDE AM VIEH

Tiroler Grauvieh



INFORMATION: TIROLER GRAUVIEHZUCHTVERBAND, BRIXNER STRASSE 1, A-6020 INNSBRUCK
TELEFON 0 512 / 57 30 94, TELEFAX 0 512 / 59 29 / 206

der Erklärung von Rio (1992) vor, wenn der Bedarf der gegenwärtigen Generation gedeckt wird, ohne die Fähigkeit künftiger Generationen, ihren Bedarf zu decken, zu beeinträchtigen. Bei der Umsetzung dieses Grundsatzes unterscheiden Ökonomen zwischen erneuerbaren Naturgütern, nicht erneuerbaren Naturgütern und von Menschen gemachtes Kapital. Die deshalb allgemein akzeptierten Kriterien sind:

- ◆ Erneuerbare Ressourcen darf man nicht mehr entnehmen, als sich gleichzeitig wieder regenerieren können.
- ◆ Nicht erneuerbare Ressourcen dürfen nicht rascher abgebaut werden, als gleichzeitig erneuerbare Ressourcen für dieselbe Art von Nutzung geschaffen werden; und zwar so viel, dass ihre jährlichen Erträge bei Erschöpfung der nicht erneuerbaren Ressourcen den Bedarf decken.

- ◆ Die Emission von Schadstoffen darf nur so hoch sein, dass die schädlichen Substanzen in harmlose Stoffe umgesetzt werden können, die die Umwelt nicht schädigen.

Ökonomische Sachzwänge und Rahmenbedingungen

Die derzeit (scheinbar) unverrückbaren Rahmenbedingungen sind:

- Plünderung der fossilen Ressourcen unter Inkaufnahme des Treibhauseffektes und der Deterioration der Böden
- Übertragung der industriellen Erfolgsmuster (linear gestylte, geschlossene Produktionssysteme) auf die Naturbewirtschaftung (offene Systeme mit vielfältiger Interaktion)
- Forderung nach unbegrenztem Wachstum (Zinses-

zins), dessen Grenzen in der Naturbewirtschaftung zuerst erreicht werden und daher die Landwirtschaft ins hoffnungslose Hintertreffen drängen

- Betrachtung der Landwirtschaft nicht nur als „Bioromantik“.

Derzeit ist zu befürchten, dass die Konzeption „Europäisches Agrarmodell und Multifunktionalität weltweit“ noch nicht konsensfähig ist. Die Folgen wären für das Nachhaltigkeitsprinzip fatal.

Das gesellschaftliche Bewusstsein für Gefährdungen der Umwelt und die laufende Verarmung der Artenvielfalt haben in den letzten 20 Jahren stark zugenommen. Zum einen geht dies auf eine Wissensvermehrung, zum anderen auf eine erhöhte Sensibilität vieler Menschen zurück. Dies gilt nicht nur für die mit diesen Problemstellungen befassten Fachleute, sondern in ähnlichem Umfang auch für breite Teile der Bevölkerung. Fast unbemerkt haben sich bestimmte Umweltthemen, die vor einem Jahrzehnt noch als Phantastereien grüner „Spinner“ abgetan wurden, zu „normalen“ Gesprächsinhalten des täglichen Lebens gewandelt.

Landwirtschaft und Umwelt

Die bäuerlich strukturierte europäische Landwirtschaft hat traditionell neben der Erzeugung von Nahrungsmitteln und agrarischen Rohstoffen weitere wichtige Aufgaben

wahrgenommen. Dazu zählen insbesondere:

- ein entscheidender Beitrag zur Sicherung der Besiedelung und wirtschaftlichen Lebensfähigkeit peripherer ländlicher Gebiete
- die Gestaltung und Pflege der Kulturlandschaft
- der Schutz der Lebensgrundlagen Boden, Wasser und Luft sowie
- die Erhaltung der Artenvielfalt durch nachhaltige, umwelt- und tiergerechte Wirtschaftsweisen.

Die angeführten Raumfunktionen und positiven ökologischen Leistungen der auf Nachhaltigkeit ausgerichteten bäuerlichen Landwirtschaft sind im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung auch in Europa in Gefahr geraten; zum Teil wurden sie bereits zu knappen Gütern. Zugleich sind die gesellschaftlichen Ansprüche an die Raum- und Umweltwirkungen der Landwirtschaft gestiegen. Die Bevölkerung reagiert mit zunehmendem Wohlstand und wachsendem Umweltbewusstsein auf ökologische Gefahren sensibler als je zuvor.

Zukunftsaspekte

In Zukunft zeichnen sich im wesentlichen zwei agrarpolitische Modelle ab. In dem von vielen Ökonomen geforderten liberalen System für die Landwirtschaft würde diese im wesentlichen nur mehr die Rolle eines Zulieferers von Rohstoffen für die Produktion von Nahrungsmitteln und In-

dustrieprodukten erfüllen. Der technisch biologische Fortschritt, z.B. die Gentechnik, würde den Produktivitätsfortschritt mitbestimmen. Für die Unternehmer, insbesondere die wachstumsorientierten, würden sich echte Chancen auf dem globalisierten Markt ergeben, Umweltleistungen würden nach diesem liberalen System zwar durch Direktzahlungen weiter abgegolten, in Folge der knappen Geldmittel im Europahaushalt und des hohen Finanzbedarfes für die sozialen Sicherungssysteme und des Gesundheitswesens auf niedrigerem Niveau als bisher.

Die Umsetzung der Agenda 2000 lässt aber in den nächsten Jahren für die europäische und damit auch österreichische Agrarpolitik eher ein dirigistisches Modell oder ein System zwischen Liberalität und Dirigismus erwarten. Die Produktion von Nahrungsmittelgütern ist stark reglementiert, Umweltleistungen (sauberes Wasser, Luft, gesunder Boden) setzen voraus, dass manche Betriebsmittel im Pflanzenschutz eingesetzt werden können, gentechnisch verändertes Saatgut aber nicht. Grundsätzlich zeichnet sich folgendes ab:

Weltmärkte und regionale Märkte sind enger miteinander verquickt, die Märkte werden sich aber längerfristig auseinanderentwickeln, und zwar in internationale Massen- und regionale Qualitätsmärkte.

Prämien und Ausgleichszahlungen werden in noch



stärkerem Maße als bisher von der Produktion abgekoppelt und in ihrem Gesamtvolumen schrittweise zurückgeführt.

Die Einführung des EURO führt im Ergebnis zu einer Währungsleichheit und einer Vereinfachung des Währungs- und Finanzsystems in der EU. Allerdings besteht die Gefahr, dass wirtschaftliche Probleme einer Volkswirtschaft auf die eines anderen Landes oder mehrerer Länder übertragen werden.

Die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft wird realisiert, aber später als geplant. Es kann damit gerechnet werden, dass sie nicht vor dem Jahre 2010 endgültig vollzogen wird.

Die Umweltdiskussion wird weitgehend versachlicht sein, Umweltstandards sind so verordnet, dass Produzenten und Konsumenten einigermaßen zufrieden sein können.

Die Marktbeziehungen landwirtschaftlicher Unternehmen werden starken Veränderungen unterliegen, große Konzentrationsprozesse im vor- und nachgelagerten Bereich und insbesondere im Lebensmittelsektor werden die agrarwirtschaftliche Entwicklung in den nächsten 20 Jahren entscheidend prägen.

Die gesellschaftlichen Ansprüche an die Raum- und Umweltwirkungen der Landwirtschaft sind gestiegen

*Zum Autor:
MR Prof. Dr. Gerhard Poschacher ist Gruppenleiter im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft*